

PRESSEMITTEILUNG - 17.11.2023

Marc Timmer:

Es bedarf viel strengerer Maßnahmen der Landeskartellbehörde im Fernwärmemarkt
Zum Bericht zur Fernwärmeumfrage 2022 der Landeskartellbehörde für Energie erklärt
der energie- und verbraucherschutzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marc
Timmer:

"Dass die Preise für Fernwärmekunden höchst unterschiedlich sind, ist hinreichend
bekannt. Die Preisspitzen einiger Versorger sind allerdings bedenklich und in vielen
Fällen nicht nachzuvollziehen. Diese preislichen Belastungen für die Kundinnen und
Kunden sind nicht hinnehmbar. Deshalb ist es auch gut, dass das Bundeskartellamt
einige dieser Fälle intensiv überprüft.

Die Maßnahmen des Landeskartellamtes sind leider unzureichend. Eine Erörterung der
Preisänderungsklauseln, wie es das Landeskartellamt vorschlägt, hätte längst erfolgen
müssen.

Viele Kundinnen und Kunden, die den Versorgern und deren Preiserhöhungen aufgrund
des natürlichen Monopols mehr oder weniger ausgeliefert sind, warten auf klare
Maßnahmen. Das mindeste ist, dass die Transparenzvorschriften zugunsten der
Verbraucher*innen deutlich verschärft werden. Weitere Maßnahmen könnten sein, dass
es Muster für Indizes in Preisklauseln gibt, die sich an der tatsächlichen
Beschaffungsstruktur orientieren und nicht an irgendwelchen rechnerischen Größen.
Auch im Fall von Preiserhöhungen muss es eine strenge ex ante Prüfung des
Landeskartellamtes geben. Hierfür muss das Landeskartellamt allerdings personell
besser ausgestattet werden. Dann wäre der Bericht 2022 auch nicht erst Ende 2023
veröffentlicht worden, sondern deutlich früher.

Fernwärme und deren Image ist für die zukünftige Wärmewende zu wichtig, als dass
man es unreguliert belassen darf. Es muss maximal verbraucherfreundlich ausgestaltet
werden.

Der Bericht zeigt aber auch, dass die Gaspreisbremse der Bundesregierung für die
Kundinnen und Kunden richtig war. Darüber hinaus wird deutlich, dass es Preisstabilität
nur bei durch erneuerbaren Energien produzierter Wärme geben wird."

Das Original der Presseerklärung kann unter der folgenden Adresse abgerufen werden:
<http://www.ltsh.de/pressticker/2023-11/17/13-34-16-3196/PI-ZVddyDGW-spd.pdf>